

„Heimat kann man mitnehmen“

SPIEGEL-Gespräch Bernd Fabritius, Präsident des Bundes der Vertriebenen, über Entschädigungsforderungen, das Identitätsgefühl einer neuen Generation und sein Elternhaus in Siebenbürgen



SPIEGEL: Herr Fabritius, nach der offiziellen Feier zum „Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung“ Ende Juni haben Sie kritisiert, dass viel von den Flüchtlingen von heute und wenig von den Vertriebenen von damals die Rede war. Sprach da Eifersucht aus Ihnen?

Fabritius: Keinesfalls. Ich fand es sehr gut, dass nach mir Asma Abubaker Ali sprach, die aus Afrika geflohen ist. Aber es gibt Defizite im deutschen Erinnern. Bei einigen ist es immer noch nicht normal, der eigenen Opfer von vor 70 Jahren zu gedenken, sie überhaupt als solche anzuerkennen. Es gibt viele Menschen, die so tun, als ob sie mit den Opfern von heute ehrlich Empathie empfinden – aber solche Empfindungen gegenüber den Schlesiern etwa ablehnen.

SPIEGEL: Könnte es sein, dass die Weltgeschichte über die Vertreibungen der Deutschen damals einfach hinweg ist und die Politik sich auf die Lösung neuer, aktueller Probleme konzentrieren muss?

Fabritius: Das aktuelle Leid geht einem immer näher und betrifft jeden stärker. Aber die Mehrheitsgesellschaft hat sich nie für das Unrecht von damals interessiert; das Leid der Vertriebenen ist nie angemessen aufgearbeitet worden.

SPIEGEL: Die Vertreibung ist aber immer ein Thema gewesen, nicht nur in der Politik.

Fabritius: Jedenfalls seit ich in Deutschland bin, seit 1984, gab es keine echte Anteilnahme und kein ehrliches Mitgefühl mit dem Schicksal der Menschen von damals. Von Beginn an sind die Heimatvertriebenen negativ gesehen worden. Denken Sie nur an die Schlesier, die waren ja noch weniger willkommen als die Flüchtlinge von heute. Man hat sie mit Wanzen verglichen. Eine Übernachtung in der Scheune wollte man ihnen gerade noch zugestehen.

SPIEGEL: Dennoch ist es damals der Politik gelungen, Millionen Flüchtlinge im kriegsverwüsteten Deutschland zu integrieren. Aber heute heißt es in der reichsten Nation Europas schnell, das Boot sei voll.

Fabritius: Das stimmt nicht, die Politik sagt doch, dass wir die Möglichkeit haben, die Opfer von Krieg und ethnischer Verfolgung bei uns aufzunehmen – wenn auch nicht jene, die sich missbräuchlich auf Vertreibung berufen und sich eher aus wirtschaftlichen Gründen zur Migration entschlossen haben, die also keine echten Flüchtlinge sind.

SPIEGEL: Wächst derzeit die Ablehnung gegenüber den Flüchtlingen?

Fabritius, geboren 1965 in Rumänien, ist seit November 2014 als Nachfolger von Erika Steinbach Präsident des Bundes der Vertriebenen. Er kam 1984 als Spätaussiedler aus Siebenbürgen in die Bundesrepublik. Der Jurist ist Bundestagsabgeordneter der CSU.

Fabritius: Bei den Vertriebenen gibt es nicht mehr und nicht weniger rechte Hardliner als beispielsweise im ADAC, in Wandervereinen oder in jeder anderen gesellschaftlichen Gruppe. Im Übrigen muss man sehen, dass es einen wichtigen Unterschied gibt: Damals sind Deutsche zu Brüdern und Schwestern gekommen, heute haben wir es mit dem Zuzug von Menschen zu tun, die aus fremden Kulturen kommen und in vielem häufig nicht unseren Wertekonsens teilen.

SPIEGEL: Und was ist mit deutscher Intoleranz? Da werden Flüchtlingsheime angezündet, auch in Ihrer Heimat, in Bayern. Wäre es nicht eine sinnvolle Aufgabe der Vertriebenenverbände, statt die eigene Vergangenheit zu pflegen, zu mehr Hilfsbereitschaft für Menschen in aktueller Not aufzurufen?

Fabritius: Das tun wir deutlich! Nehmen Sie endlich mal zur Kenntnis, dass sich kaum ein Verband so deutlich wie der Bund der Vertriebenen gegen Pegida und hinter die Flüchtlinge gestellt hat.

SPIEGEL: So deutlich kann es nicht gewesen sein, wenn kaum einer davon weiß.

Fabritius: Es schreibt nur keiner. Verraten Sie Ihren Lesern doch mal, dass wir 20 hauptamtlich geführte Beratungsstellen für Flüchtlinge eingerichtet haben und über 200 ehrenamtliche Integrationsberater als Ansprechpartner bereitstehen. Ihr pflegt den Irrglauben, dass der Vertriebenenbund sich nur aus Konservativen und Rechten zusammensetzt.

SPIEGEL: Wir lassen uns gern vom Gegenteil überzeugen. Ihre Vorgängerin Erika Steinbach hat allerdings viel dafür getan, dass Vertriebenenpolitik bis heute großteils als Domäne Unbelehrbarer angesehen wird.

Fabritius: Die Vertriebenen sind nicht so einfach in eine Schublade zu stecken. Meine Vorgängerin hat vielleicht häufig das Mittel der Provokation eingesetzt. Mein Stil ist das nicht.

SPIEGEL: Wenn es nun einen neuen Stil gibt, wäre es dann nicht endlich an der Zeit, sich von der „Charta der Vertriebenen“, bis heute Ihr Grundgesetz, zu distanzieren? Dieses Papier von 1950 stammt aus der Feder alter Nazis und klingt auch danach: Die Heimatvertriebenen seien die „vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen“ gewesen – noch vor den Juden, den Verfolgten in Polen und Russland oder den Kriegswaisen?

Fabritius: Ich halte nichts von einer Distanzierung. Im Gegenteil: Ich werde mich dafür einsetzen, dass man den Inhalt endlich in seiner ganzen Tragweite zur Kenntnis nimmt. „Diese Zeit“ meint das Kriegsende und die Nachkriegszeit. Die Charta

ist ein Instrument europäischer Verständigungspolitik.

SPIEGEL: Wie bitte? Mit der Charta verzichten die Vertriebenen großmütig auf „Rache und Vergeltung“. Auf etwas verzichten kann man ja nur, wenn man meint, es stehe einem eigentlich zu.

Fabritius: An den Vertriebenen wurde Rache für Kriegsgräuel genommen, und diese haben darauf deklaratorisch verzichtet, um einen un menschlichen Kreislauf – Rache auf Rache – zu durchbrechen. Sie müssen es darüber hinaus mit dem Blick in die Zukunft lesen. Aus der Charta spricht der Wunsch, zusammen an einem gemeinsamen Europa zu arbeiten, ohne Aufrechnung mit der Vergangenheit. Gibt es eine schönere Umschreibung des europäischen Gedankens?

SPIEGEL: Warum hat es dann 65 Jahre gedauert, bis sich jetzt endlich die Sudetendeutsche Landsmannschaft dazu durchringen konnte, aus ihrer Satzung die Forde-



Vertriebene in Lübeck 1946: „Kein ehrliches Mitgefühl“

rung nach „Wiedergewinnung der Heimat“ zu streichen?

Fabritius: Das entsprach unserer Empfehlung. Die Idee, europäische Grenzen nach ethnischen Gesichtspunkten verändern zu wollen, ist ganz und gar unselig. Das erinnert mich daran, wie Russland die „Wiedergewinnung“ der Krim von der Ukraine begründet.

SPIEGEL: Also geben Sie die Heimat endgültig verloren?

Fabritius: Ach was, wir brauchen die Heimat nicht wiederzugewinnen, wir haben die Heimat durch die Osterweiterung der Europäischen Union doch längst wiederbekommen. Jeder Deutsche kann ins Sudetenland ziehen und dort eine Familie gründen und glücklich werden. Ich selbst lebe zeitweise in meiner Heimat Siebenbürgen, habe einen Bauernhof bei Hermannstadt gekauft.

SPIEGEL: Den Nachkommen vieler Heimatvertriebenen genügt das nicht. Sie wollen das Familieneigentum, Grund und Boden zurück – oder zumindest eine Entschädigung. Verstehen Sie, dass dies in manchen Ländern als Provokation empfunden wird?

Fabritius: Restitutionsforderungen eine Provokation? Wenn Ihnen jemand das Auto vom Parkplatz klaut, und Sie wollen es zurück, ist das eine Provokation?

SPIEGEL: Vielleicht gibt es da ein paar feine Unterschiede ...

Fabritius: Natürlich. Wir haben heute mehr Verständnis als vielleicht noch die Generation unserer Eltern, die Vertreibung erlebt hat, dass sich auch in den osteuropäischen Ländern ein neues Recht und neue Eigentumsverhältnisse entwickelt haben. Im 21. Jahrhundert kann es nicht mehr um Eigentumsansprüche von damals gehen. Wollte man heute zurückverlangen, was in den Vertreibungsgebieten von einheimischen Familien später gutgläubig erwor-

ben wurde, würde man neues Unrecht auf das alte setzen.

SPIEGEL: Sie haben selbst auch versucht, das Haus Ihrer Eltern in Rumänien zurückzubekommen. Mit Erfolg?

Fabritius: Wir haben es nicht zurückbekommen, weil in dem Haus in Hermannstadt jetzt eine Familie lebt, die von der unrechtmäßigen Enteignung in der Vergangenheit nichts wusste. Sie hat das Haus vom – bösgläubigen – rumänischen Staat gutgläubig erworben. Rumänien hat nun eine Restitutionsgesetzgebung, die diesen gutgläubigen Erwerb schützt. Das ist auch richtig so. Wir versuchen jetzt aber, vom rumänischen Staat, der unser Eigentum veräußert hat, eine Geldentschädigung zu bekommen. Warum soll ich auf das Erbe meiner Eltern ersatzlos verzichten?

SPIEGEL: In Polen würden Sie mit solchen Entschädigungsforderungen wenig Sympathie gewinnen. Dort hat Ihr Verband noch immer den allerschlechtesten Ruf.

Fabritius: Das ändern wir jetzt mit Turbo nachdruck.

SPIEGEL: Wie soll das gehen?

Fabritius: Wir wollen einen Dialog beginnen und gegen Missverständnisse und Angst angehen. Es gibt ja immer noch ein Feindbild, das manche Grundeigentümer dort dazu bringt, ihr Anwesen nicht mehr zu renovieren, weil sie sagen: Es lohnt sich nicht, da kommen ja doch bald die Deutschen und holen sich mein Haus. Das ist falsch, ja abstrus.

SPIEGEL: Einige Vertriebenenvertreter haben in der Vergangenheit geklagt.

Fabritius: Das sind Einzelgänger. Es gibt bei den Vertriebenen keine maßgebliche Stimme, die so etwas unterstützt.



Flüchtlinge in Berlin 2015: „Die Gesellschaft ist offener geworden“

SPIEGEL: Aber Sie halten an der Forderung nach Geldentschädigung vom Staat fest. Auch das müssen aufstrebende Staaten wie Polen als Bedrohung empfinden.

Fabritius: Wir wollen doch nur, dass die Länder unserer Hauptherkunftgebiete, wie jetzt schon Rumänien, ein modernes Eigentumsrecht nach EU-Standard schaffen, das die Staaten verpflichtet, altes Unrecht finanziell auszugleichen. Das muss gar nicht teuer werden, eine irgendwie geartete Wiedergutmachung reicht: wenigstens mit einem kleinen Betrag, als Rehabilitation sozusagen.

SPIEGEL: Und darüber verhandeln Sie mit Polen?

Fabritius: Wir tragen das nicht in der Härte dort vor. Ein Entschädigungsrecht auf EU-Niveau ist ja bei Weitem nicht nur Sache der Heimatvertriebenen, es gibt in diesen Ländern aus Zeiten der Diktatur Opferverbände, die sich um solche Dinge besser kümmern können als wir.

SPIEGEL: Herr Fabritius, die Vertreibung ist jetzt 70 Jahre her, die meisten der Opfer von damals leben nicht mehr, ihre Erben haben weder Gebietsansprüche, noch sollten sie das Eigentum ihrer Vorfahren zurückverlangen. Auch die Forderung nach Entschädigung ist eigentlich Angelegenheit anderer. Wozu braucht man da noch Vertriebenenverbände?

Fabritius: Der Hauptteil unserer Arbeit liegt ganz woanders: Es geht uns in erster Linie um die Erhaltung des kulturellen Erbes, um Zusammengehörigkeit unter den Landsmannschaften, um die Wahrung der eigenen Identität.

SPIEGEL: Welche ist das?

Fabritius: Zum Beispiel meine. Das Siebenbürger-Sachse-Sein ist ein Stück von mir, den Schlesiern und Sudetendeutschen geht es ähnlich. Das ist die Mundart, die Kultur, ja das sind sogar die Kochrezepte. Identität ist ein Wert, den ich weitergeben möchte. Die junge Generation ist da durchaus neugierig. Meine Nichten sind dafür ein gutes Beispiel.

SPIEGEL: Sie haben Ihre Heimat Siebenbürgen verlassen, als Sie 18 waren, jetzt leben Sie in Bayern und Berlin. Ihre Nichten sind fern von Rumänien groß geworden. Definieren sich die Nachkommen der Vertriebenen nicht viel eher über die Gesellschaft, in der sie leben?

Fabritius: Natürlich bin ich nach 30 Jahren in München auch Bayer. Aber die Identität einer Person ist doch nicht an den Aufenthalt in einer Region gebunden. Siebenbürger Sachse kann ich auch in Bayern oder Berlin sein.

SPIEGEL: Aber warum braucht es dazu einen Verein?

Fabritius: Der Mensch ist ein Gemeinschaftswesen, ein Herdentier. Wenn ich andere Siebenbürger Sachsen treffe, fühle ich mich aufgehoben, es entsteht ein Gefühl von Heimat. Und heutzutage ist das Zuhause sein in einer kulturellen Gemeinschaft viel wichtiger als Heimat in einem geografischen Raum. Heimat kann man mitnehmen. Ein gemeinsamer geografischer Raum unterstützt das Heimatgefühl natürlich sehr. Aber es geht auch ohne, wenn man seine eigene Kultur bewahrt.

SPIEGEL: Für die Flüchtlinge von heute, ob aus Afrika, vom Balkan oder aus Nahost, muss das eine Ermutigung sein, im Zu-



Fabritius beim SPIEGEL-Gespräch*
„Wenigstens ein kleiner Betrag“

fluchtsland Deutschland ihre eigenen Sitten und Gebräuche als Gruppe zu pflegen. Steht das nicht quer zur Politik der Bundesregierung, die sich um Integration der Zuwanderer in die Mehrheitsgesellschaft bemüht?

Fabritius: Man muss Integration von Assimilation unterscheiden. Assimilation kann keiner wollen. Die Syrer sollen ihre Identität als Syrer auch in Deutschland pflegen können. Identität ist ein Kompass – der darf einem Menschen nicht genommen werden.

SPIEGEL: Auch der Islam gehört zur Identität vieler Menschen.

Fabritius: Natürlich. Deshalb gehört der Islam auch zu Deutschland, aber in den Grenzen des Grundgesetzes. Natürlich kann ich von jemandem, der in eine andere Gesellschaft kommt, Zugeständnisse erwarten. Meine Nichte muss zum Beispiel nicht in Hotpants durch Arabien laufen, und Zuwanderer aus arabischen Ländern sollten ihre Homophobie zu Hause lassen.

SPIEGEL: Aber manche Glaubenssätze und Gewohnheiten sind unverzichtbarer Bestandteil einer fremden Identität.

Fabritius: Wenn ich mich in einem Land verbiegen müsste, um in der dortigen Gesellschaft integrierbar zu sein, dann fahr ich nicht dorthin.

SPIEGEL: Flüchtlinge, die zu uns kommen, haben diese Entscheidungsfreiheit in der Regel nicht.

Fabritius: Das ist ein heikler Punkt. Im Zweifel muss natürlich die Identität der Mehrheitsgesellschaft Priorität haben. Aber moderne Gesellschaften sind so stark, dass sie mit solchen Konfliktsituationen fertigwerden können.

SPIEGEL: Haben Sie den Eindruck, dass die Deutschen die Aufnahme der Flüchtlinge derzeit gut bewältigen?

Fabritius: Die Gesellschaft ist reifer und offener geworden im Vergleich zur Epoche der Vertreibungen nach dem Krieg. Das gilt ebenso für die Nachkommen der Opfer von damals. Die Menschen, die heute im Bund der Vertriebenen vereint sind, haben ganz andere Wünsche und Sorgen als die Heimatvertriebenen von 1945.

SPIEGEL: Hat Ihr Verband darüber vielleicht auch eine neue Identität bekommen? „Bund der Vertriebenen“ – passt das überhaupt noch?

Fabritius: Der Name trifft die Situation tatsächlich nicht mehr umfassend. Die Vertreibung war früher eine wesentliche Klammer, heute ist sie das nicht mehr, wir haben mehr Aufgaben.

SPIEGEL: Wie wär's mit „Bund der deutschen Minderheiten“?

Fabritius: Vielleicht besser: „Bund der Deutschen aus Mittel- und Südosteuropa“.

SPIEGEL: Herr Fabritius, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* Mit den Redakteuren Thomas Darnstädt und Klaus Wiegrefe.